

Die Belastungsgrenze ist doch längst überschritten

Das sagt der ZDK (Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe Zentralverband) zum Mitte März verabschiedeten Bürokratieentlastungsgesetz (BEG).

ZDK-Präsident Arne Joswig: „Papierkrieg mit den Behörden statt Kerngeschäft mit den Kunden: Für unsere gesamte Branche ist die bürokratische Belastungsgrenze längst überschritten. Dringend benötigte Fachkräfte müssen immer häufiger „Behördenvorgänge“ bearbeiten, statt ihrer eigentlichen Arbeit nachzukommen. Das ist absolut inakzeptabel!

Sicherlich ist der neue Kabinettsentwurf gut gemeint, zeigt aber einmal mehr die Mutlosigkeit der Politik bei diesem Thema.

Unsere Betriebe brauchen echte Entlastungen beispielsweise bei den wirklichkeitsfremden Nachweispflichten bei Nachhaltigkeit und Lieferketten.

Die Politik muss unbedingt nachbessern und sich mehr an der Realität unserer Betriebe orientieren.

Das Klein-Klein des Kabinettsentwurfes nützt größtenteils der öffentlichen Verwaltung, bringt der Wirtschaft aber kaum Entlastung.“

Joswigs Kritik spiegelt eine breite Frustration innerhalb der Wirtschaft über bürokratische Hürden wider, die sehr oft als hinderlich für die weitere Geschäftsentwicklung und das Wirtschaftswachstum empfunden werden.

Das deutsche Kraftfahrzeuggewerbe,

ein ganz wesentlicher Bestandteil des deutschen Indutriekerns, sieht sich mit regulatorischen Anforderungen konfrontiert, die es sehr schwierig machen, effizient und wettbewerbsfähig zu agieren.

Findet doch die gesamte Debatte vor einem sehr komplexen Hintergrund statt.

Der Aufruf des ZDK für „echte Entlastungen“ und eine Politik, die sich mehr an der Realität der Unternehmen orientiert, ist ein immer wiederkehrendes Echo in der Diskussion um Bürokratieabbau und Wirtschaftsförderung.

Für die Automobilbranche und auch darüber hinaus ist die aktuelle Entwicklung ein wichtiger Prüfstein, der aufzeigt, wie essenziell ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Regulierung und Unternehmertum für eine florierende Wirtschaft ist.

In diesem Diskurs unverzichtbar sind solche Stimmen, wie die des ZDK, um einfach sicherzustellen, dass gesetzliche Rahmenbedingungen das Wachstum fördern, statt es zu behindern.

Überspitzt ausgedrückt, kann man auch sagen: „Irrsinn Deutschland“ Beispiele für diesen Irrsinn gibt es genügend, aber hier seien einfach mal zwei genannt:

Ein Krankentransport-Unternehmer in Hameln rückt nach einem Hubschrauberabsturz mit seinen Mitarbeitern aus, um Schwerverletzte zu bergen und not-



ärztlich zu versorgen. Tage später verdonnert ihn die Kreisverwaltung zu einem Bußgeld von 10.000 Euro.

Begründung: er habe keine Genehmigung zur Notfallrettung.

Sie sollten sich hüten kreative Ideen Sumzusetzen:

Als der Leipziger Gastwirt Vito Signorello zur Unterhaltung seiner Gäste zwei venezianische Gondolieri anheuerte, um sie auf der Weißen Elster rudern zu lassen, forderte das Ordnungsamt von den Italienern einen Gondelführerschein.

Bleiben Sie gespannt!

Herzlich, Ihr

Wolfgang Auer, Chefredakteur